

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Motto:

Treu der alten Heimat und der neuen.

5. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 13. März 1934.

Nummer 1057

In Spanien droht Bürgerkrieg

Madrid, den 10. März (Reuter). Trotz der tapferen Versuche von Lerroux zur Entspannung der Lage droht der spanischen Republik das Gegenstück des Bürgerkrieges und der sozialistischen Gewalttaten.

Zahlreiche Unruhen in den verschiedenen Städten halten die Bevölkerung im Alarmzustand.

In Barcelona geht alles drüber und drunter. Die Einwohner bewaffnen sich selbst bis an die Zähne, um den anarchisierenden Gangsters Widerstand zu leisten.

Nach der Verkündung des Alarmzustandes am Mittwochabend legten sich die Unruhen infolge der scharfen Massnahmen der Regierung etwas.

Heute jedoch sind die Aussichten nicht ermutigend. Die Furcht vor dem Ausbruch einer Revolution veranlasst die Bürger, Nahrungsmittel und tägliche Gebrauchsgegenstände einzukaufen.

Gewisse Berufe gedeihen unter der gegenwärtigen Lage. Schlosser und Gewehrschmiede finden überreiche Beschäftigung infolge der kriegsgleichen Atmosphäre.

Madrid, den 11. März (Reuter). Nach den unheilvollen gestrigen Zusammenstößen rechnet die spanische Regierung mit dem baldigen Ausbruch schwerer Unruhen, die einem Aufstand und Bürgerkrieg ähnlich sein werden.

In ganz Spanien ist der Generalstreik erklärt worden und wird um Mitternacht in Kraft treten.

Die Regierung hat den Streik als ungesetzlich erklärt und ergreift alle Vorbeugungsmassnahmen, um den Weiterbetrieb aller öffentlichen Werke zu sichern.

In vielen Kreisen ist man der Ansicht, dass Spanien an der Schwelle eines neuen riesigen Aufstandes steht.

Die Führer der Sozialistischen Partei haben bekannt gegeben, dass sofort Vorbereitungen zu einem Bürgerkrieg ergriffen werden, wenn die Regierung ein Verbot der Sozialistischen Partei plant.

Die Katholische Volkspartei hat die Mobilisierung von jungen Freiwilligen zu Verteidigungszwecken befohlen. Sie sollen am Dienstagmorgen um 7 Uhr, wann der Streik der 5 000 Zeitungsverkäufer beginnt, in den Strassen auf ihrem Posten sein.

Hunderte von Personen sind verhaftet worden, da sie ohne Erlaubnisschein in Besitz von Feuerwaffen waren.

Beschuldigungen und Proteste im Stawiski Skandal

Paris, den 11. März (Transocean A.) Die französischen Gerichte werden jetzt mit Bittgesuchen von den verschiedenen Personen überhäuft, welche angeklagt werden, mit dem Stawiski Skandal in Verbindung zu stehen, und ihre Unschuld dadurch zu erbringen hoffen, dass sie unbekannte Personen beschuldigen, ihre Namen missbraucht zu haben. So hat zum Beispiel der radikale Abgeordnete Proust bereits einen Protest eingereicht. Er soll angeblich 2,4 Millionen Franken von Stawiski erhalten haben und sein Name ist auf einem Scheckkontrollzettel Stawiskis gefunden worden. Es hat sich inzwischen klar herausgestellt, dass der Empfänger des in Frage stehenden Schecks in Wirklichkeit der Direktor des Bayonner Städtischen Leihamtes Tissier gewesen ist. Der ehemalige Minister Dillmier erhob ebenfalls Anklage gegen den „Unbekannten“, welcher einen Brief gefälscht haben soll, der im Namen Dillmiers den Ankauf der Bonds empfiehlt. Durch diesen Brief soll es den Agenten Stawiskis gelungen sein, ohne Schwierigkeiten die Bonds an den Mann zu bringen. Genau so klagt der frühere Hauptschriftleiter der Zeitung „Liberte“, Camille Azmar, den „Unbekannten“ an, denn auf einem Scheckkontrollzettel Stawiskis erscheint das Wort „Camille (Tardie)“. Dies führte zur Vermutung, dass Aymard sowie der Exministerpräsident Tardieu in dem Stawiski Skandal verwickelt sind. Beide lebten jedoch entrüstet jede Verbindung mit dieser Angelegenheit ab. Sollte der Beweis erbracht werden, dass auf den Scheckkontrollzetteln Stawiskis falsche Namen angebracht sind, so werden die Schwierigkeiten zur Trennung der Schuldigen von den Unschuldigen ins Unermessliche steigen.

Ausbau des deutschen Aussenhandels

Hamburg, den 11. März (Transocean A.) Ein gewaltiger Aufruf zum Ausbau des deutschen Aussenhandels wurde von Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt am Sonnabend auf der jährlichen Versammlung der Ostasiatischen Gesellschaft abgegeben. Schmitt betonte, dass die Wirtschaftskrisis kein anderes Land so schwer betroffen habe wie Deutschland, welches durch die Inflation ausgeblutet war und dessen Arbeitslosenzahl ungeheure Ausmasse angenommen hatte. Nur wer diese furchtbare Not kannte, kann die Massnahmen verstehen, welche die nationalsozialistische Regierung ergriffen hat, um eine wirtschaftliche Rehabilitation des Reiches zu ermöglichen.

Die kürzliche günstige Entwicklung der inneren Wirtschaftslage machte einen grösseren Import an Rohmaterial notwendig. Unsere Auslandslieferanten müssen jedoch wissen, dass unser steigender Bedarf an Rohmaterial, welcher ihnen in der gegenwärtigen Zeit nur doppelt willkommen sein kann, nur dann erhalten bleibt, wenn sie ebenfalls unsere Waren kaufen. Es ist daher Aufgabe der Exporteure dies der Aussenwelt zu erklären und besonders darauf Betonung zu legen, dass Deutschland nicht Länder berücksichtigen kann, welche den Import von deutschen Waren erschweren.

Im Fernen Osten, fuhr Dr. Schmitt fort, erwarten grosse wirtschaftliche und politische Probleme eine kühne Lösung. Die allgemeine politische Lage ist schon seit Jahren gespannt. Aber soweit wir beurteilen können, schlagen heute die Beziehungen zwischen den Staaten Japan und China, denen wir beiden freundlich gegenüberstehen, friedlichere Wege ein, sodass allmählich auf eine befriedigende und gerechte Lösung in allen Fragen gehofft werden kann. Ich hoffe, dass es in den kommenden friedlichen Jahren für den deutschen Kaufmann und Ingenieur möglich sein wird, mit alter Energie in allen Teilen des Fernen Ostens zu arbeiten, und neue grosse Leistungen durch friedliche Zusammenarbeit zu vollbringen und die Freundschaftsbände mit diesen beiden grossen Nationen zu stärken. (Telegramm sehr verstümmelt).

Reichsminister Hess Sieger im Wettflug

München, den 11. März (Transocean A.) Ungewöhnliches Interesse erregte am Sonnabend in München der Wettflug vom Flugplatz Oberwiesenfeld nach Schneefenerham, in der Nähe des höchsten Berggipfels Deutschlands, der Zugspitze. Dieser Wettflug findet jedes Jahr statt, aber in diesem Jahre war einer der Wettbewerber Reichsminister Rudolf Hess, der Stellvertreter von Adolf Hitler. Vor dem Start zeigte Hess seine Flugkünste in einigen Looppings und anderen schwierigen Flugübungen. Nach dem Wettflug begaben sich alle Teilnehmer zurück nach Oberwiesenfeld, wo die Menge über die Nachricht, dass Hess den Wettbewerb gewonnen hatte, in heisse Begeisterung geriet. Hess legte den Flug hin und zurück in der kürzesten Zeit zurück.

Deutschlands Aussenminister beruhigt China

Nanking, den 10. März (World Daily News). Informationen aus glaubhafter chinesischer Quelle besagen, dass der deutsche Aussenminister Freiherr von Neurath dem chinesischen Gesandten in Berlin, Liu Chung-chieh, versichert hat, dass die Berichte über eine bevorstehende Anerkennung Mandschukuos durch das Deutsche Reich, nicht den Tatsachen entsprechen. Der deutsche Minister sagte weiter, dass seine Regierung sich nicht von den verschiedenen tendenziösen Berichten beeinflussen lassen wird, und dass das chinesische Volk fest darauf vertrauen könne, dass die Reichsregierung Mandschukuo nicht anerkennt.

Diese Erklärung folgt einer Besprechung am 7. März, wo Liu Chung-chieh auf Anweisung seiner Regierung im Berliner Auswärtigen Amt vorsprach und um Auskunft über die im Fernen Osten verbreiteten Nachrichten einer japanischen Nachrichtenagentur bat, denen zufolge Deutschland eine diplomatische Anerkennung der Strohmann Regierung Mandschukuo plane.

Die peruanische Regierung hat der chinesischen Regierung ebenfalls mitgeteilt, dass Peru den Beschluss des Völkerbundes, Mandschukuo nicht anzuerkennen, einhalten wird.

Frankreichs Machtkampf an der Saar

Sonderbericht für die Deutsch-Chinesischen Nachrichten von Dr. Walter Müller, Neunkirchen/Saar

(Fortsetzung von Nr. 1055, 1056 u. Schluss)

Die Regierungskommission soll nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages aus 5 Mitgliedern bestehen, und zwar aus einem französischen Staatsangehörigen, einem deutschen Staatsangehörigen, der im Saargebiet ansässig sein muss und drei Angehörigen sonstiger Staaten. Die Mitglieder werden vom Völkerbunde bestimmt. Da der Einfluss Frankreichs im Völkerbunde von je her ausschlaggebend gewesen ist, so ist es selbstverständlich, dass noch nie jemand Mitglied der Regierungskommission wurde, der Frankreich nicht genehm war, und von dem nicht zu erwarten stand, dass er die französischen Belange in der Saarfrage wahren würde.

Anfang Januar 1920 hat sich die Regierungskommission in Saarbrücken etabliert. Eine ihrer ersten Sorgen war, so etwas wie eine besondere Staatsangehörigkeit zu schaffen. Da aber die Saargebietsbewohner auch nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten sollten, kam man auf die eigenartig anmutende Idee, die Saarländer preussischer, bayrischer, französischer oder sonstiger Staatsangehörigkeit unter bestimmten Voraussetzungen mit der Eigenschaft eines Sarrois, zu deutsch „Saareinwohners“ auszustatten. Diese Sarrois oder Saareinwohner zeichnen sich von den übrigen Saargebietsbewohnern dadurch aus, dass sie als Schutzbefohlene Frankreichs betrachtet werden, d.h. unter dem konsularischen Schutze Frankreichs stehen. Weiterhin haben sie das aktive und passive Wahlrecht zu den Landes- und Gemeindevertretungen.

Als Landesvertretung fungiert neben dem Studienausschuss der sogenannte Saarländische Landesrat, d.h. das saarländische Parlament. Mit diesem Landesrat hat es folgende Bewandnis. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages soll die Bevölkerung vor dem Erlass von Gesetzen gehört werden. Die Regierungskommission hat keine Veranlassung, diese Bestimmung besonders weit auszulegen. Demgemäss funktioniert die Gesetzgebungsmaschinerie im Prinzip folgendermassen. Die Regierungskommission entwirft, berät, beschliesst und unterzeichnet die Gesetze. Je ein Exemplar der Entwürfe geht zur Drucklegung an die Druckerel, ein anderes zur „Anhörung“ der Volksvertretung an den Landesrat. In den allermeisten Fällen pflegt der Landesrat die Gesetzentwürfe wegen ihres den deutschen Interessen widersprechenden Inhaltes im ganzen zu verwerfen oder aber er macht wenigstens Abänderungsvorschläge. Eine solche ablehnende Haltung des Landesrates lässt die Regierungskommission meist vollkommen kalt. Die Gesetze pflegen dann im weiteren Verlaufe noch bevor die Begründung des Landesrates zur Ablehnung bzw. Abänderung der Regierungsentwürfe bei der Regierungskommission einläuft bereits im Regierungsverordnungsblatt veröffentlicht und damit rechtsverbindlich zu werden. Das mag genügen, um die Bedeutung des Landesrates zu charakterisieren.

Nachdem die Regierungskommission so etwas wie eine saarländische Staatsangehörigkeit geschaffen hatte, gelüstete es sie auch weiter danach, ein besonderes Hoheitszeichen einzuführen. Eines Tages konnten die Saarländer beobachten, wie auf den beiden Gebäuden, in welchen die Zentralverwaltung der Regierungskommission untergebracht ist, die Flagge blau-silber-schwarz aufgezogen wurde. An derselben Stelle, wo dies vor 14 Jahren geschah, kann man die Fahne auch heute noch als Kuriosität bewundern. Niemand hat sie je anderswo gesehen. Kein Kreisausschuss, keine Stadt, keine Landgemeinde, aber auch kein Privater ist dem Beispiel der Regierungskommission je gefolgt.

Was hat nun Frankreich getan, um den von der Regierungskommission als Sarrois qualifizierten Saardeutschen für die Angliederung an die französische Republik zu gewinnen? Zunächst ist auf die darauf bezüglichen Bemühungen der französischen Grubenverwaltung einzugehen. Der Aussenstehende kann sich kaum vorstellen, welche Mengen an Wein, Weissbrot, Speck, Butter und sonstigen Nahrungsmitteln in den Jahren 1918, 1919 und 1920 zu verbilligten Preisen an die Saarbergleute abgegeben worden sind. Die Bergarbeiter, die infolge der langen Hungerperiode psychisch sehr herunterge-